



1. Mai mit Straßenfest in Strausberg

Bündnis fordert Sondervermögen Soziales und Klimaschutz

Für den 1. Mai hat ein breites Mai-Komitee zum Tag der Arbeiterbewegung in Strausberg eingeladen. Ab 12 Uhr bestimmt buntes Treiben mit Musik, Polittalk und Infoständen von LINKEN, DGB, GEW, verdi, den Strausberger Grünen, Jugendzentrum Horte, VVN-BdA, Frauenbund sowie der Zeitung Rotfuchs das Bild der Großen Straße auf Höhe des Marktplatzes.

In einem Aufruf fordert das Bündnis ein Sondervermögen für Soziales, Klimaschutz und öffentliche Daseinsvorsorge. Weiter heißt es: „Ohne öffentliche Daseinsvorsorge funktioniert

unsere Gesellschaft nicht. Ohne Kitas, Verwaltung, Schulen oder Krankenhäuser steht alles still! Nicht nur öffentliche Strukturen, auch immer mehr Menschen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Wohnen, Essen, Energie – alles wird teurer. Dabei kann die soziale Ungleichheit abgebaut werden, etwa durch mehr Bürgergeld, höhere Löhne und eine gute Rente für alle.

Mit der Klimakrise als zentraler Bedrohung unserer Zeit brauchen wir noch mehr Investitionen. Wir müssen jetzt gegensteuern! Vor Ort kann ein wichtiger Beitrag für die Mobili-

täts- und Energiewende geleistet werden: Bus- und Bahnverbindungen verbessern, kostenlose Nutzung des ÖPNV, Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen und Ausstieg aus der Kohleenergie. Doch statt der notwendigen Investitionen erlebt Deutschland vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges die stärkste Erhöhung der Rüstungsausgaben mit einem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr. Ein Sondervermögen für ein nachhaltiges und gutes Leben für alle fehlt jedoch.

Für eine solidarische und ökologische Gesellschaft!“

Sebastian Walter
auf Kneipentour

Seite 2

Bettina Fortunato
in Land und Kreis

Seite 3

Daniela Dahn
in Hoppegarten

Seite 4

LINKE für
Geschlossenheit

Seite 7

◀ Linke vor Ort

Ostermarsch in Strausberg mit breiter Beteiligung



Foto: R. Adolph

Für eine schnelle Beendigung des Ukraine-Krieges, für Frieden und Abrüstung demonstrierten am Ostersonntag in Strausberg rund 250 Teilnehmer*innen aus der Region. Sie schlossen sich

dem Aufruf eines breiten Bündnisses unter der Überschrift „Das Töten beenden!“ an. Auf der Abschlusskundgebung am Markt unterstrich der Vorsitzende der LINKEN, Brandenburg, Sebastian Walter: „Wir sagen nein zur Eskalation des Krieges und zur weiteren Aufrüstung!“ Ein Waffenstillstand sei

nicht naiv. Er verhindere weitere Todesopfer, die von Müttern beweint werden müssen. Ein Vertreter der S5-Antifa hob hervor, dass der Kapitalismus Kriege aus Profit- und Machtinteressen

und gegen die Natur schaffe. Von der Friedensglockengesellschaft Berlin warnte die Vorsitzende Anja Mewes davor, dass die Konfrontation zwischen Russland und der NATO weiter zunehme. Zur Solidarität mit allen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen sowie mit allen Geflüchteten rief Samuel Signer von der VVN-BdA Märkisch-Oderland auf. Mit der Koordinierungsstelle der EU-Ausbildungsmission für ukrainische Streitkräfte (EUMAM) am Bundeswehrstandort Strausberg werde die Grauzone deutscher Kriegsbeteiligung betreten, warnte Kerstin Kaiser von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *r. a.*

Wie kann das Land seine Bürger*innen entlasten? Sebastian Walter führt „Kneipengespräche“

„Hilfe, alles wird teurer? Energie, Miete, Kita – wie wir es bezahlbar machen.“ Unter diesem Motto tourt der Vorsitzende der Linksfraktion des brandenburgischen Landtages, Sebastian Walter, mit „Kneipengesprächen“ zurzeit durchs Land. Am 30. März hat er die Bürger*innen von Strausberg und Umgebung ins Ristorante Da Giovanni eingeladen, um sich ihren Fragen zu stellen. Walter erläuterte, dass viele Brandenburger*innen schon vor den jüngsten Preissteigerungen finanziell am Limit waren. 60 Prozent müssten laut Sparkassenverband mittlerweile ihr komplettes Einkommen – oder mehr – nur für die Lebenshaltung aufwenden. Vielen drohe ein Abrutschen in die Armut. Und wer vorher schon arm war, den treffe die Krise ganz besonders. Angesichts noch nicht ausgezahlter Hilfen des Landes für Menschen mit Öl- oder Pelletheizung forder-

te der Fraktionschef die Landesregierung auf, hier schneller zu werden. Auch die erhöhten Preise beim Kita-, Hort- und Schulesen seien für viele ein Problem. Die Linksfraktion habe deshalb im März den Antrag gestellt, allen Kindern in diesen Einrichtungen ein kostenloses Mittagessen zu ermöglichen. Das lehnten allerdings SPD, CDU und Grüne ab. Kostenloses Schulesen an Grundschulen sowie Kita-Beitragsfreiheit seien dagegen Dank Rot-Rot-Grün in Berlin bereits Realität, erinnerte der Linkspolitiker und forderte den Ministerpräsidenten auf, sich im Bund für die Kindergrundsicherung ab 2025 einzusetzen. Über 70 000 Kinder in Brandenburg müssten zurzeit in Armut aufwachsen. Das sei jedes 5. Kind. Der Koalitionsausschuss im Bund habe grünes Licht für den Bau von Autobahnen gegeben. Aber für Kinder schalte die Ampel auf Rot, so Walter.

Außerdem habe sich seine Fraktion dafür stark gemacht, dass die Landesregierung den Härtefallfonds der Bundesregierung für Ostrentner finanziell unterstützt. Wenn es eine solche Landesbeteiligung gäbe, würde die Auszahlung für Berechtigte, deren Rente unter 830 Euro liege, von 2500 auf 5000 Euro anwachsen. In dem Ristorante hatten sich an diesem Abend auch Aktive aus der Mieterinitiative Strausberg eingefunden, um Lösungsmöglichkeiten der Mietpreisexplosion mit Sebastian Walter zu beraten. Sie berichteten von ihrer Unterschriftensammlung, mit der sie einen sechsjährigen Mietstopp erreichen wollen. Walter unterstrich, dass es notwendig sei, auch hier Marktmechanismen zurückzudrängen und den Willen von Entscheidungsträgern auf allen Ebenen für soziale Aufgaben aktiv zu befördern.

Renate Adolph

◀ Linke vor Ort

Für die Belange der Menschen Druck machen

Bettina Fortunato ist aus der linken Politik in Märkisch-Oderland nicht wegzudenken: Sie war viele Jahre Abgeordnete in Manschnow, stellv. Bürgermeisterin der Gemeinde Küstriner Vorland und langjährige Kreisvorsitzende der LINKEN. 2009 kam Bettina per Direktmandat in den Landtag Brandenburg. Auch 2016 und 2019 konnte sie wieder in das Landesparlament einziehen. Außerdem gehört die aktive Politikerin seit 2003 dem Kreistag an, dessen Vorsitz sie in der aktuellen Legislatur bekleidet. Impulse sprach mit ihr.

Bettina, mit viel Leidenschaft engagierst Du Dich für die Belange der Menschen in der Region und darüber hinaus.

Was ist Deine Motivation, Dein Antrieb?

Meine Motivation sind die Menschen selbst. Sie erwarten zu Recht Antworten auf die Fragen des Alltags und Hilfe bei persönlichen Problemen, wenn sie sich an mich/uns wenden. Sie wollen aber auch über Entscheidungen mit uns diskutieren. Solange sie damit zu uns kommen und uns in die Pflicht nehmen, fühle ich mich angetrieben und auch herausgefordert.

Seit fast vier Jahren leitest Du den Kreistag MOL.

Vor welchen Herausforderungen stehst Du dabei?

Kreistagsvorsitzende zu sein, ist mehr als Sitzungen zu leiten und das Präsidium einzuberufen. Zwischendurch gibt es Gespräche und Termine mit Institutionen und hauptamtlichen Kommunalvertretern, Bürger*innen und Gästen. Auch die Mitarbeiter*innen der Verwaltung haben den einen



Bettina Fortunato, Arménio Fortunato, Sebastian Walter beim Ostermarsch 2023 in Strausberg

oder anderen Bedarf an Austausch und Absprachen. Dabei bin ich bestrebt, als politisch neutrale Vorsitzende aufzutreten. Für die meisten bin ich ohnehin die Fortunato von den LINKEN. Dann gibt es noch repräsentative Aufgaben. Das liegt mir nicht so. Die größte Herausforderung ist der Kreistag selbst. Da es zurzeit keine Koalition oder andere Zusammenschlüsse gibt, sind die Debatten und Abstimmungen meistens nicht voraussehbar, oft eine „Wundertüte“.

Darüber hinaus bist Du in der Linksfraktion des Landtages Sprecherin für Europa und Entwicklungspolitik, Frauen, Familie, Gleichstellung und Senioren. Du bist Mitglied im Petitionsausschuss und leitest den Europaausschuss. Wie ist das alles zu schaffen?

Eigentlich ist das nicht zu schaffen. Wir sind in der Linksfraktion 10 Abgeordnete und müs-

sen auf alle Themen fachlich vorbereitet sein. Ohne gute Fachreferent*innen ist das unmöglich. Ohne mein Netzwerk mit außerparlamentarischen Organisationen und in den Kommunen wäre die Arbeit nicht zu schaffen. Petitionen werden samstags und sonntags durchgearbeitet, Vorlagen und Berichte abends. Urlaube und Besuche bei der Familie richten sich nach meinem Terminkalender. Das ist bei uns schon immer so und alle kommen damit klar und machen mit. Sonst wäre ich völlig aufgeschmissen.

Welche Aufgaben siehst Du vor allem in der gegenwärtigen Europa- und Frauenpolitik?

Die EU ist noch lange nicht so, wie wir sie uns vorstellen. Statt auf Wettbewerb und Wachstum zu setzen, sollte EU-Politik im Sinne der Menschen und der Umwelt handeln. Anstatt sich auf sichere Außengrenzen zu fokussieren, wie es gerade wieder der schwedische Ratspräsident versichert hat, müssten soziale Gerechtigkeit, Solidarität, wirkliche Bürgerbeteiligung eine größere Rolle spielen.

Hier ein Beispiel: 2011 haben sich die Mitglieder des Europarates in der Istanbul-Konvention zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und Bestrafung der Täter schriftlich verpflichtet. Eine Überprüfung durch die EU-Kommission im vergangenen Jahr ergab, dass Deutschland und so auch Brandenburg da noch sehr weit zurückliegen. Auch da müssen wir weiter Druck machen, gemeinsam mit unseren Partner*innen.

Herzlichen Dank und weiterhin Dir viel Kraft!

◀ Zeitzeugen

Kriege und Aufrüstung sind größte Klimakiller

Daniela Dahn über Frieden und die Ukraine

Über 100 Zuhörer*innen sind am 2. April zu einer Lesung mit der Bestsellerautorin des Rowohlt Verlages Daniela Dahn gekommen, zu der die Fraktion DIE LINKE. Hoppegarten eingeladen hatte. Nach der Invasion Russlands in die Ukraine wollen sie sich darüber verständigen, wie ein Frieden und damit ein schnelles Ende des Sterbens herbeigeführt werden könne. Die Autorin hat dazu in ihrem aktuellen Buch „Im Krieg verlieren auch die Sieger“ Aussagen hochrangiger Militärs, Politiker sowie von Journalisten und Kulturschaffenden analysiert und kommentiert. „Längst geht es nicht mehr um die Frage, ob wir involviert sind, sondern um das WIE“, resümiert sie. Immer mehr Deutsche seien überzeugt, dass Waffen den Krieg verlängern und nicht beenden würden. Den General a. D. der deutschen Luftwaffe und einstigen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses Harald Kujat zitiert sie u. a. mit den Worten, dass der Krieg nicht militärisch gewonnen werden könne. Diplomatische Lösungen seien notwendig.

Bereits im März 2022 habe die UNO den Dialog und Verhandlungen für ein Kriegsende gefordert. Diese Aufforderung hätten USA und NATO in den Wind geschlagen. Russland hatte sein Einver-

ständnis signalisiert, was in hiesigen Leitmedien gar nicht oder falsch publiziert wurde, berichtet



Daniela Dahn und Moderator Thomas Reack

Daniela Dahn. Sie belegt dies u. a. mit Zitaten aus Berichten der Korrespondentin Sabine Adler.

Die Texte in ihrem Buch befassen sich auch mit der Vorgeschichte des Krieges, mit den russischen und westlichen Positionen. Die Autorin belegt, dass der Westen Teil des Problems ist und die UNO gestärkt werden müsse und wendet sich dabei gegen Denkverbote.

Kriege und Rüstungsproduktion seien mit Abstand der größte Umweltverschmutzer, selbst im „Friedensmodus“ ist das Militär der größte Emittent von Klimagasen, wird der umweltpolitische Buchautor Klaus Moegling in ihrem Buch wiedergegeben.

„Der derzeitige Krieg mit seinem Bedrohungspotential zu einem Weltbrand ist auch eine schwere Niederlage für die Sehnsucht nach einer entmilitarisierten, na-

turgerechten Welt“, schreibt sie. Die mehrfache Buchpreisträgerin verweist zudem darauf, dass der Krieg verheerende Folgen für die gesamte Menschheit haben könne und warnt bei einer steigenden Eskalation durch Waffenlieferungen vor atomaren Kurzschlussreaktionen.

Dabei verwendet sie Ergebnisse einer Studie des US-Fachjournals „Nature Food“ vom August 2022: „Ein Atomkrieg zwischen den beiden Atomsupermächten Russland und USA, wie er jetzt als Bedrohung und doch beinahe lax in Nebensätzen immer mal wieder auftaucht, würde 150 Millionen Tonnen Ruß ausspucken, er würde sich wie ein dunkler Schleier jahrelang um die Erde werfen, die Temperaturen um 16 Grad senken und 90 Prozent der weltweiten Lebensmittelproduktion verunmöglichen. Entsprechend würde der größte Teil der Menschen verhungern.“ Umso eindringlicher appelliert die Publizistin an die Zivilgesellschaft, vor allem an die Friedensbewegung in breiten Bündnissen von Kirche bis Fridays for Future, gemeinsam Druck auf die Politik auszuüben, um einen Waffenstillstand und einen verbindlichen Friedensvertrag zu erreichen.

Renate Adolph



Manipulation von der Wendezeit bis zur Zeitenwende

Die Publizistin Daniela Dahn und der Kognitionsforscher Rainer Mausfeld befassen sich in dem

Buch TAM TAM UND TABU mit der medialen Meinungsmanipulation und damit mit dem Wert der Demokratie. Der Westend Verlag meint zu der überarbeiteten Auflage: Sie lese sich wie ein Politikri-

mi. Selbst die Wende erscheine in einem völlig neuen Licht. Die viel gepriesene Demokratie verkomme in der Realität des kapitalistischen Systems zu einer Elitendemokratie ohne Wirkmächtigkeit.

◀ Linke vor Ort

Inwieweit ist Strausberg im Ukraine-Krieg involviert?

Diskussion der LINKEN über Kriegsbeteiligung

Der Krieg in der Ukraine geht an Strausberg nicht vorbei. Im Rahmen der EU-Ausbildungsmission (EUMAM) wurde an dem Bundeswehrstandort bereits im November 2022 ein multinationales Kommando für spezialisierte Ausbildung ukrainischer Streitkräfte eingerichtet. Die hier stationierte EUMAM-Leitung betreibt die bundesweite Koordination aller Ausbildungsstandorte. Wurde damit die Grauzone deutscher Kriegsbeteiligung betreten? Inwieweit ist der Militärstandort Strausberg auf eine somit gewachsene notwendige Gefahrenabwehr vorbereitet? Darüber verständigten sich Bürger*innen auf Einladung der LINKEN am 21. März in der vollbesuchten Kreisgeschäftsstelle MOL in Strausberg.

Die Diskutanten im Podium: Kerstin Kaiser (Rosa-Luxemburg-Stiftung und Einwohnerin von Strausberg), Thomas Kachel (Sicherheitspolitischer Referent der Linksfraktion im Bundestag) sowie Moderator Gregor Weiß (Vorsitzender der Linksfraktion in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung) berichteten zunächst von Ergebnissen ihrer Anfragen zu diesem Thema u. a. an Bürgermeisterin Elke Stadeler an den Verteidigungsausschuss und den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages sowie an zuständige Stellen des örtlichen Bundeswehrstandortes in Strausberg. Alle Antworten seien unbefriedigend gewesen und hätten Fragen offengelassen.

„Der Krieg reicht nunmehr bis vor unsere Haustür“, erläuterte Kerstin Kaiser. Es gäbe offensichtlich keine Vorkehrungen für Katastrophenschutz und Feuerwehr, über die die Bürgermeisterin hätte



informieren können oder wollen. Die Bevölkerung der Region verlange von Politik und Bundeswehr die rechtmäßige Aufklärung über die tatsächlichen Vorgänge in dieser Mission, so Kaiser.

Waffenlieferungen und Ausbildung führen zu Beteiligung

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages habe zögerlich darauf geantwortet, wann ein Staat Kriegsbeteiligter sei, schätzte Thomas Kachel ein. In der entsprechenden Antwort an die Linksfraktion hieß es: Erst wenn neben der Lieferung von Waffen die Teilnahme von Soldaten eines Landes auf einem anderen Territorium in Rede stehe, wäre man beteiligt. Die Bundesregierung habe der Ausbildung von ukrainischen Soldaten also zugestimmt, obwohl sie offensichtlich keine genaue Kenntnis über die Rechtmäßigkeit einer solchen risikobehafteten Maßnahme habe, unterstrich Kachel. Derartige Entscheidungen würden aber die Bundesrepublik in unsicheres Fahrwasser bringen, denn die Ausbildung durch westliche Staaten verlasse den gesicherten Be-

reich der Nicht-Kriegsbeteiligung. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) habe zu dieser Frage festgestellt, dass eine Kriegsbeteiligung vorläge, wenn Waffenlieferungen und Ausbildung unmittelbar zu Schäden in einem anderen Territorium beitragen würden. Kerstin Kaiser erinnerte in diesem Zusammenhang an den Friedensgrundsatz im Grundgesetz der BRD, friedliche Beziehungen zu benachbarten Ländern zu wahren.

Weitere Wortmeldungen des Publikums und des Podiums unterstrichen:

Auch wenn der Überfall Russlands einen Bruch des Völkerrechts bedeute, dürfe sich Deutschland gerade mit seinem geschichtlichen Hintergrund nicht am Ukraine-Krieg beteiligen. Weitere Menschenleben sollten nicht geopfert werden. Angesichts von bereits über 250 000 getöteten Soldaten und Zivilisten müssen Friedenslösungen für einen Waffenstillstand her. „Wir sind gegen eine deutsche Beteiligung an diesem Krieg und werden weiter nachfragen.“

Renate Adolph

◀ **Aus unserer Postmappe**

Meine Partei entfernt sich von mir

Es hört sich seltsam an, wenn ein „linker“ Ministerpräsident die Fragen von Krieg und Frieden erklärt. „Seine Partei habe diese Frage nie geklärt“, meint er. Deshalb sei er für Waffenlieferungen an die Ukraine. Frau Kipping, ehemalige Parteivorsitzende der LINKEN, denkt darüber nach, das Verhältnis der Partei zur NATO neu zu überdenken, Waffen an eine Kriegspartei zu schicken sei richtig, es bestehe ja schließlich ein Selbstverteidigungsrecht (mit deutschen Waffen).

So gibt es einige in meiner Partei, die für mich eigenartige Positionen angenommen haben, die ich so in meiner 62-jährigen Mitgliedschaft nie für möglich gehalten hätte. Was mir auffällt, sind es besonders solche Personen, die am Regieren oder Mitregieren Anteil haben oder auch Mitstreiter, die bei aktuellen Erkenntnissen stehengelieben sind, ohne die Vorgeschichte historischer Ereignisse und Zusammenhänge zu sehen oder diese bewusst ausblenden. So auch die Vorgeschichte des Ukrainekrieges. Der Konflikt begann eben auch mit dem Untergang der Sowjetunion 1991. Die Entwicklung zeigt doch, wie wichtig Chronologien

sind und wie fatal es ist, wenn Ursache und Wirkung verwechselt werden.

Nur wenige wollen verstehen, dass Deutschland und einige europäische und andere Staaten sich als Vasallen der USA an einem globalen Prozess beteiligen oder beteiligen müssen, der zum Ziel hat, das von Zbigniew Brzezinski (ehemaliger Präsidentenberater der US-Regierung) entwickelte Konzept einer neuen Weltordnung: „Die erste, einzige, wirkliche und letzte Weltmacht“ zu sein. Dieses Konzept wurde Mitte der 90er-Jahre, also nach dem umstrittenen Verzicht auf die Osterweiterung der NATO, entwickelt. Dabei spielt die Ukraine sehr früh eine wichtige Rolle. „Es ist davon auszugehen, dass sie, um ihre Eigenständigkeit zu stärken, beiden (NATO und EU) beitreten möchte, wenn deren Einzugsgebiet an sie grenzt und sie die für Mitgliedschaft notwendigen Reformen durchführt.“ Der damalige Außenminister der USA Kissinger redete am 5. März 2014 Klartext: „Wir haben die Sowjetunion besiegt, wir werden auch Russland besiegen, wir werden Russland zwingen, zu den Waffen zu greifen.“

Aus diesen Gegebenheiten versteht man auch die Ablehnung des Vorschlages des russischen Präsidenten Medwedew im Jahre 2008 über einen Vertrag zur kollektiven Sicherheit, der alle Staaten (NATO, OSZE, GUS) umfassen sollte. Kernpunkt war die unteilbare Sicherheit. Die NATO und USA lehnten kategorisch ab, weil dieser Vorschlag nicht zum Konzept passt.

Gegenwärtig haben wir eine unverhohlene Kriegsrhetorik und die Einstimmung der Menschen auf Kriegsbereitschaft. Ich denke, es wird kaum jemanden geben, der den russischen Angriff auf die Ukraine nicht verurteilt. Aber bei dieser Erkenntnis stehen zu bleiben und die Vorgeschichte komplett auszublenden, ist eine Anbiederung an Kriegstreiber im eigenen Land, und das machen leider auch Mitglieder meiner Partei mit, in dem sie daran glauben, Waffen lösen das Problem. Das meine ich, wenn ich mir die Frage stelle, ob sich meine Partei von mir entfernt.

USA und NATO wollen das Problem solange nicht friedlich lösen, bis die vorgegebenen Ziele erreicht sind, koste es, was es wolle.

Dieter Schäfer

Rüdersdorfer fordern Friedensinitiativen vom Bundesvorstand

Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN. Rüdersdorf forderten Ende März in einem Brief den Bundesvorstand auf, alle Bemühungen einer diplomatischen Lösung des Ukraine Krieges zu unterstützen. In dem Schreiben erinnern sie daran, dass DIE LINKE histo-

risch, programmatisch und von der Basis getragen DIE Friedenspartei in Deutschland ist. Die Partei solle bei der Entstehung einer wieder erstarkenden Friedensbewegung in vorderster Position dabei sein. „Der russische Überfall darf uns nicht dazu

verführen, jetzt in die westliche Kriegstreiberrhetorik mit immer mehr und gefährlicheren Waffen einzustimmen. Das hier auch teils führende Genossen unserer Partei einstimmen, macht uns traurig und zornig“, heißt es u. a. weiter.

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Namhafte Linkspolitiker fordern Geschlossenheit

In einem dramatischen Appell an DIE LINKE haben Mitte April Dietmar Bartsch (Fraktionsvors. BT), Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Sören Pellmann (Direktmandatsgewinner des Bundestages), Simone Oldenburg (stellv. Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern), Luc Jochimsen, Christoph Butterwegge, Gerhard Trabert (ehem. Bundespräsidentenkandidaten) sowie Heinz Bierbaum (Vorsitzender Rosa-Luxemburg-Stiftung) die Partei zur Geschlossenheit aufgerufen. Unter dem Titel „Es reicht!“ fordern die namhaften Linkspolitiker ange-

sichts der existenziellen Krise der LINKEN mit selbstzerstörerischen Elementen, „diesen schädlichen Kurs der Selbstbeschäftigung zu stoppen und uns um unsere wahre Aufgabe zu kümmern – den Kampf für Gerechtigkeit und Frieden. Schluss mit dem permanenten öffentlichen Streit, mit gegenseitiger Denunziation, mit Egotrips! Die Bildung einer zweiten linken Partei ist völlig überflüssig. Sie würde das gleiche Schicksal erleiden wie die jetzige. Ebenso ist die Anstrengung von Ausschlussverfahren überflüssig und schädlich.“

Der Appell benennt die wichtigsten Aufgaben für die Partei in der Gesellschaft, in den Parlamenten und Kommunen wie Kampf gegen Armut, für Steuergerechtigkeit, für diplomatische Lösungen der Konflikte in der Welt, für Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit und Gleichstellung von Frau und Mann. „Es ist nicht die Zeit für Resignation, Austritte und Abkehr von der LINKEN, sondern für entschiedenen und leidenschaftlichen Kampf, nicht für uns selbst, sondern für viele Menschen in unserem Land. Jetzt erst recht!“, schließt der Aufruf.

Regierung tut nichts gegen steigende Lebensmittelpreise

„Die Bundesregierung muss endlich handeln, anstatt zuzusehen, wie die Preise für Lebensmittel durch die Decke gehen. Die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ist dringend notwendig. Spanien und Portugal haben gezeigt, dass das geht. In Kroatien gibt es so-

gar einen Preisdeckel für wichtige Lebensmittel“, erklärte **Amira Mohamed Ali**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, am 13. April mit Blick auf die Tatsache, dass die Bundesregierung weitere Maßnahmen gegen steigende Lebensmittelpreise abgelehnt hat. Das gehe aus der

Antwort auf eine Schriftliche Frage hervor. Die zuständige Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick (Grüne) stellte darin klar, dass keine weiteren Entlastungsmaßnahmen von der Regierung zu erwarten seien. Es gebe keine Pläne, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zu reduzieren.

◀ **Wusstest Du schon?**

1890: Erster Mai erstmals in Deutschland begangen



Am 1. Mai 1890 findet in vielen europäischen Ländern, unter anderem auch in Deutschland, das erste Mal der „Kampftag der Arbeiterbewegung“ statt. In den USA ziehen bereits 1886 zahlreiche Arbeiter*innen auf die Straßen, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Ebenso wie in den Vereinigten Staaten löst auch in Deutschland der 1. Mai eine Reihe von De-

monstrationen, Streiks, gar Aufständen aus. Die SPD beschließt im Oktober 1890 den „Tag der Arbeiterbewegung“ als nationalen Feiertag festlegen zu wollen. Die Durchsetzung scheidet bis 1919 als der 1. Mai einmalig als deutschlandweiter Feiertag eingeführt wird. Jedoch kann sich dieser in der Weimarer Republik nicht allumfassend etablieren. Erst mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wird der 1. Mai im Zuge einer Propaganda-Kampa-

gne als nationaler Feiertag gesetzlich festgesetzt.



Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 - 12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

1. Dienstag im Monat

9.30 - 11.30 Uhr

jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 16. Mai 2023

Erscheinen: 1. Juni 2023

 **Treffpunkt Große Straße 45****Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle
der LINKEN in Strausberg.****Gemeinsames Frühstück** – jeden
Freitag, 9 bis 11 Uhr**DIE LINKE hilft bei Technik:
Computer, Handy, Geräte**jeden 3. Sonntag im Monat, 11–13 Uhr
vor Ort oder per Video: bit.ly/03341**DIE LINKE hilft:****Kostenlose Rechtsberatung**jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
vor Ort oder<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>**Gefahren Ukraine-Krieg**Christoph Krämer, IPPNW (Ärzte
für Verhütung des Atomkrieges),
spricht auf Einladung von RLS und
„alternativen denken“ e.V.**16. Mai**, 18 Uhr, Kaffeerösterei,
Markt 6B, 15344 Strausberg**Politfrühschoppen
am 1. Mai**DIE LINKE. Seelow lädt zum
traditionellen Politfrühschoppen
am 1. Mai ab 10 Uhr ein, LinksTreff,
Breite Straße 9, 15306 Seelow.**Ehrendes Gedenken am 8. Mai gegen Krieg!**Parteien und Organisationen, dar-
unter DIE LINKE, erinnern in vielen
Städten und Gemeinden an das Ende
des Zweiten Weltkrieges 1945. Das
vielfältige Gedenken an die unzäh-
ligen Opfer wird überschattet vom
russischen Krieg gegen die Ukraine.
Dennoch gilt allen Soldaten der Roten
Armee und der alliierten Armeen Dank
für ihre großen Opfer für die Befreiung
vom deutschen Faschismus.17 Uhr, **Gedenkstätte Seelower
Höhen**, Küstriner Straße
(Redner Sebastian Walter)17 Uhr, **Strausberg**, Ehrenhain,
Wriezener Straße

17 Uhr, Ehrenfriedhof

Bad Freienwalde,
Berliner Straße11 Uhr, Sowjetischer Ehrenfriedhof,
Altlandsberg, Am Markt14 Uhr, Sowjetisches Denkmal,
Müncheberg,
Karl-Marx-Straße.18 Uhr, OdF-Denkmal
Petershagen,
Eggersdorfer Straße.**7. Mai**19 Uhr, **DEFA-Film „Ich war
neunzehn“**, „allerhand“
GmbH, Strausberg,
August-Bebel-Straße 20 A**In eigener Sache**Mit den aktuellen Preissteigerungen sind
auch die Druckkosten der Impulse gestie-
gen. Wir möchten unsere Auflage von 2500
Exemplaren monatlich nicht ändern, damit
alle Ortsverbände ausreichend Exemplare
erhalten, um möglichst viele Mitglieder und
Sympathisanten mit unserer Kreiszeitungder LINKEN. MOL zu erreichen.
Deshalb rufen wir dazu auf, die Impulse
mit einer Spende zu unterstützen:DIE LINKE. MOL,
Sparkasse Märkisch-Oderland,
DE97 1705 4040 3008 0274 49.Verwendungszweck: Impulse

Die Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat